

Leerkündigungen ohne Ende

Vor der Ratssitzung haben Mieter:innen der Siedlung Eichbühl-/Hardstrasse im Kreis 4 dem Stadtrat eine Petition mit rund 5100 Unterschriften überreicht. Über 300 Menschen haben von der Musikvertrieb AG die Wohnungskündigung erhalten, weil die Liegenschaften totalsaniert werden. Besonders hart trifft es Menschen mit tiefen Einkommen sowie migrantische Communities, die im Quartier ihr soziales Netz aufgebaut haben. Eine betagte Dame wohnt seit 46 Jahren da. Wo soll sie ein neues Zuhause finden? Andere ältere Menschen aus Südeuropa sehen sich gezwungen, ihre Familien zurückzulassen und in ihr Heimatland zurückzukehren. Eine IV-Bezügerin wird aus ihrem Umfeld herausgerissen, weil sie sich hier keine neue Wohnung leisten kann

Nebst dem individuellen Verlust führt dies auch zu Folgekosten für die Gesellschaft, weil Menschen, die aus ihrem sozialen System herausgerissen werden, es schwieriger im Leben haben. Grosseltern können nicht auf ihre Enkel aufpassen, Nachbar:innen werden nicht mehr für ihre langjährigen Bekannten sorgen, Betreuungsnetzwerke müssen neu verknüpft werden. Kein Unterstützungssystem zu haben ist ein sozialer und besonders teurer Risikofaktor, da diese Leistungen am neuen Ort nicht mehr gratis und franko, sondern professionalisiert geleistet werden müssen.

Deshalb sind dies Geschichten, die uns nicht kalt lassen dürfen!

Soziale Verantwortung wahrnehmen

Die erneuten Kündigungswellen der letzten Wochen und Monate fügen sich ohne Lärm in den Zürcher Alltag ein. Was regelmässig passiert, lässt nicht mehr aufhorchen. Wir als Vertretende der Bewohnenden dieser Stadt stehen aber in der Verantwortung, diese miese Entwicklung immer wieder zu benennen und Lösungen vorzuschlagen. Als einzige Partei hat die AL auch die Menschen an der Eichbühl-/Hardstrasse unterstützt und ihnen zumindest Gehör verschafft. Wir sind offen für ihre Sorgen, haben Unterschriften für ihre Petition gesammelt und waren bei Protesten auf der Strasse präsent. Nun ist der Stadtrat am Zug. Während die Abrissbirne in der Stadt wütet und leer gekündigte Wohnungen auf Business-Appartements-Plattformen aufgeschaltet werden, kann er sich nicht hinter Schreibtischen in Amtshäusern verstecken. Wenn hunderte Menschen gleichzeitig ihre Wohnungen verlieren und Nachbarschaften zerbrechen, spitzt sich die Wohnkrise zu, das gesellschaftliche Gleichgewicht ist in Gefahr. Totalsanierungen und Ersatzbauten führen erwiesenermassen zur Verdrängung von Geringverdienenden. Das Wissen ist da, sozioökonomische Faktoren analysiert. Wissenschaftler:innen weisen auf die Problematik hin. Immobilienfirmen aber

pfeifen fast alle auf soziale Verantwortung. Sie verfallen vor der anstehenden BZO-Revision in Panik und versuchen, das Maximum an Rendite aus ihrem Besitz herauszupressen. Der Stadtrat muss proaktiv auf sie zugehen und sozial tragfähige Alternativen einfordern. Etappenweise Sanierungen, Rückkehrrecht, Ersatzwohnungen zu bezahlbaren Mieten, verbindliche Unterstützung bei der Wohnungssuche sind keine Phantasmen, sondern reale Handlungsspielräume, die mit Immobilienfirmen spätestens anhand der AL-Einwendungen zur BZO-Revision nun endlich thematisiert werden müssen.

Für Rückfragen

Tanja Maag, Gemeinderätin AL, 079 789 68 58